FD IV. 2.6

Ahrensburg, 06.03.2020

**Beitrag für die UA-Sitzung am 11.03.2020;
Bericht unter TOP 11 zum Thema:**

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag AN/022/2020

Antrag zum Umweltausschuss am 11.03.2020
Umsetzung des FFH Managementplans

Nach Rücksprache mit dem Umweltministerium ist die untere Naturschutzbehörde des Kreises für den Vollzug des BNatSchG und des LNatSchG Schleswig-Holstein zuständig und sorgt für die Umsetzung der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden notwendigen und weitergehenden Maßnahmen des Managementplanes auf der Grundlage der Maßnahmenblätter.

Jeder Flächeneigentümer und Flächennutzer ist zunächst selbst für eine FFH-verträgliche Nutzung seiner Fläche oder des FFH-Gebietes verantwortlich und ihm obliegt die Unterhaltung der Flächen. Grundlage sind die sich durch das sog. „Verschlechterungsgebot“ ergebenden Grenzen der Gebietsnutzung (Ge- und Verbote).

Der Managementplan ist in erster Linie eine verbindliche Handlungsleitlinie für Behörden und eine fachliche Information für die Planung von besonderen Vorhaben, der für die einzelnen Grundeigentümer/-innen keine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der dargestellten Maßnahmen entfaltet. Die Maßnahmen können durch schriftliche Zustimmung der betroffenen Eigentümer und Eigentümerinnen oder einer vertraglichen Vereinbarung mit diesen als verbindlich erklärt werden.

Für die Gewässerunterhaltung ist der Gewässerpflegeverband in Abstimmung mit der Unteren Wasser- und Naturschutzbehörde sowie den Grundeigentümern zuständig.

Bezüglich der Waldflächen im FFH-Gebiet wird auf das bereits bestehende „Bewirtschaftungskonzept Ahrensburger Tunneltal“ vom 04.12.2018 verwiesen, das auf Initiative der Stadt Ahrensburg sowie der Landwirtschaftskammer gemeinsam mit der Unteren Naturschutzbehörde/LLUR und der Unteren Forstbehörde abgestimmt wurde und Handlungsgrundlage aller waldbaulichen Maßnahmen ist.

Auch eine Reihe von weiteren Maßnahmen wurde / wird bereits durchgeführt, z. B. die Sicherung von Flächen für den Kammmolch über Ausgleichsmaßnahmen, die Pflegemahd von Nasswiesen zur Offenhaltung der Wiesen, die Aufgabe der Angelnutzung, Kopfweidenpflege, Errichtung von Amphibienschutzzäunen und eine schonende Gewässerunterhaltung des Hopfenbaches

Bei den Maßnahmen ist zwischen den **Notwendigen Erhaltungs- und ggf. Wiederherstellungsmaßnahmen** und den **Weitergehenden Entwicklungsmaßnahmen** (sowie sonstigen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen) zu unterscheiden:

Die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen dienen der Konkretisierung des so genannten Verschlechterungsverbot (§ 33 Abs. 1 BNatSchG ggf. i. V. mit § 24 Abs. 1 LNatschG), das verbindlich einzuhalten ist. Bei Abweichungen hiervon ist i. d. R. eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.

In dem Antrag aufgelistet sind beispielhaft durchweg Weitergehende Entwicklungsmaßnahmen. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die über das Verschlechterungsverbot hinausgehen und einer Verbesserung des Zustandes der in den Erhaltungszielen genannten Lebensraumtypen oder Arten dienen. Sie werden auf freiwilliger Basis durchgeführt.

Beispiele:

- Leitsystem und Querungshilfen an Straßen für den Kammmolch
- Schutzzaun am Schwarzen Moor für den Kammmolch
- Artgerechte Verbindung zwischen Schwarzem Moor und Dänenteich für den Kammmolch
- Verbesserung der Bahnkörper für den Kammmolch
- Regelmäßige Erfassung der Kammmolch-Population
-

(14 Maßnahmen sind im Textteil ausgeführt, insgesamt gibt es 32 Maßnahmen auf Maßnahmenblättern)

Da die im Antrag genannten Maßnahmen z. T. erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt hätten, wären für deren Umsetzung entsprechende Beschlüsse erforderlich. Ebenso sind Abstimmungen u. a. mit dem Straßenbaulastträger und privaten Grundeigentümern notwendig und ggf. auf Grundlage von zu erstellenden Fachplanungen rechtlich erforderliche Genehmigungen, z.B. nach Naturschutz-, Wasserrecht oder Landeswaldgesetz einzuholen.

Für die Umsetzung von Maßnahmen in Natura 2000 Gebieten kann eine Finanzierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch das Land Schleswig-Holstein erfolgen. Hierfür kommt eine Reihe von Förderrichtlinien in Frage. In der Regel werden diese über die UNB jährlich beim Umweltministerium eingereicht (Biotopgestaltende Maßnahmen, Artenschutzmaßnahmen, Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen). Weitere Instrumente sind Verträge aus dem Vertragsnaturschutz oder Flächenkäufe.

Dem Beschlussvorschlag kann gefolgt werden, nicht zuletzt weil der FFH-Managementplan in enger Abstimmung mit der Stadt aufgestellt wurde. Die gewünschte zügige Umsetzung der Maßnahmen hängt jedoch im Einzelfall von sehr unterschiedlichen, oben angerissenen Randbedingungen ab. Eine zeitliche Realisierungsabschätzung könnte Grundlage für eine Priorisierung konkreter Projekte auf Grundlage von anschließend bereitzustellenden Haushaltsmitteln sein.

(Richter)